

Allgemeine politische Resolution

25. Parteitag

PdAS

8./9. November 2025



pda.ch

25. Parteitag der PdAS

Allgemeine politische Resolution

Inhaltsverzeichnis

Die Welt von heute.....	2
Die Schweiz von heute.....	6
Die internationale Rolle der Schweiz.....	11
PdAS: Für das Interesse der Mehrheit der Bevölkerung.....	13
Für Frieden und internationale Solidarität.....	15
Anhang: Marxistisches Glossar.....	18

Die Welt von heute

§ 1. Der Kapitalismus¹ ist heute weltweit das herrschende Gesellschaftssystem und hat sich fast überall wieder durchgesetzt. Global bringt das kapitalistische System massenhafte Armut, bitterstes Elend, wiederkehrende Hungerkrisen und schwerwiegende Beeinträchtigungen von Gesundheit und Umwelt hervor. Im Kapitalismus ist die Gesellschaft massgeblich in zwei Klassen² gespalten: Auf der einen Seite steht die Klasse der Kapitalist:innen, welche die dominante Position in der Produktion einnimmt (insbesondere durch die Kontrolle über die Produktionsmittel) und eine Minderheit der Gesellschaft ausmacht. Auf der anderen Seite steht die Arbeiter:innenklasse³ sowie weitere Schichten der Bevölkerung, welche die unteren Positionen einnimmt und von der Bourgeoisie⁴ mehr oder weniger stark ausgebeutet wird. Dieser Gegensatz zwischen Ausbeuter:innen und Ausgebeuteten nimmt tendenziell immer weiter zu. Auf der einen Seite gibt es eine Handvoll Multimilliardär:innen, die über mehr Geld verfügen als einzelne Staaten, auf der anderen Seite Milliarden Menschen, die mit weniger als ein, zwei Franken pro Tag leben müssen.

§ 2. Das weltweite kapitalistische System durchlebt mehrere Krisen, die aus den strukturellen Widersprüchen hervorgehen und sich gegenseitig verstärken. Krisen, die im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht gelöst werden können: politische, wirtschaftliche, soziale, demokratische, migrationspolitische Krisen, Kriege; und nicht zuletzt eine ökologische Krise, die alles hinwegzufegen droht, wenn nicht rasch radikale Lösungen umgesetzt werden.

§ 3. Die bisherigen Massnahmen zur Bewältigung der verschiedenen Krisen haben das Ziel, das kapitalistische System zu retten. Die Konsequenzen tragen die Lohnarbeiter:innen, die kleinen Selbstständigen, die Arbeitslosen, die Mehrheit der Rentner:innen, junge Menschen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz und in Europa haben sich dadurch deutlich verschlechtert. Jene Massnahmen können die Krisen, die sie beheben sollen, jedoch nicht dauerhaft lösen, da sie die Ursachen, die in den Widersprüchen des Kapitalismus liegen, nicht berühren. Sie bieten höchstens vorübergehende Lösungen und neigen dazu, auf lange Sicht die Widersprüche zu verschärfen. Dadurch entstehen noch schwerere Krisen.

§ 4. Das grosse Kapital⁵ ist zur Sicherung maximalen Profits heute global organisiert. Doch die Globalisierung⁶ gerät ins Stocken. Lieferketten wurden und werden unterbrochen. Die Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus führt zu einer Zunahme der Spannungen zwischen den imperialistischen Mächten⁷. Das Dogma des Freihandels⁸ wurde fallengelassen, und die kapitalistischen Länder greifen zunehmend auf protektionistische Massnahmen⁹ wie Zölle und Subventionen zurück, um die Profite ihrer Bourgeoisie zu schützen.

§ 5. Ohne den Widerstand der kommunistischen Bewegung und der fortschrittlichen Bewegung führt die Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus zu einem weiteren Aufstieg der extremen

¹ Siehe «Kapitalismus» im Marxistischen Glossar

² Siehe «Klasse» im Marxistischen Glossar

³ Siehe «Arbeiter:innenklasse» im Marxistischen Glossar

⁴ Siehe «Bourgeoisie» im Marxistischen Glossar

⁵ Siehe «Kapital» im Marxistischen Glossar

⁶ Siehe «Globalisierung» im Marxistischen Glossar

⁷ Siehe «Imperialismus» im Marxistischen Glossar

⁸ Siehe «Freihandel» im Marxistischen Glossar

⁹ Siehe «Protektionismus» im Marxistischen Glossar

Rechten. Bei stärkerem Widerstand wird die Bourgeoisie nicht zögern, den Faschismus¹⁰ als Lösung zur Erhaltung ihrer Macht in Betracht zu ziehen. Diese Bedrohung ist real.

§ 6. Nach dem Untergang der Sowjetunion entstand eine neue Ordnung, eine Periode der «Unipolarität», die durch die Hegemonie¹¹ einer imperialistischen Macht, der USA, geprägt war. Diese Ordnung ist heute vorbei: auf internationaler Ebene sind neue Widersprüche aufgetreten und haben zu einer explosiven Lage geführt. Obwohl sie noch immer die führende Weltmacht sind, handelt es sich bei den USA um ein Imperium im Niedergang, das jedoch dabei umso aggressiver versucht, seine Positionen zu behaupten. Die kapitalistischen Mächte des «westlichen» Blocks – EU, Grossbritannien, Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland, Kanada – bleiben im Wesentlichen in einem Verhältnis wirtschaftlicher und politischer Unterordnung gegenüber den USA. Dennoch verfolgt die Bourgeoisie dieser Länder auch eigene Pläne, die nicht immer mit denen der USA übereinstimmen.

§ 7. Die Mehrheit der wirtschaftlich, militärisch und politisch dominantesten Länder Europas ist in der EU zusammengefasst, einem Konstrukt, das dazu dient, die kapitalistischen und imperialistischen Interessen sowohl innerhalb als auch ausserhalb ihrer Grenzen zu schützen. Die EU ist ein multinationales Gebilde, dass einen exklusiven Binnenmarkt erschafft, der wenigen Ländern und Unternehmen mit Monopolstellung grosse Wettbewerbsvorteile und Profite sichert. Zugleich kann die EU so anderen Ländern in Europa ihre Konditionen aufzwingen und sie gefügig und ausbeutbar machen. Dies betrifft besonders die Länder Süd- und Osteuropas. Die EU dient als institutionelle und juristische Ummantelung neoliberaler Wirtschaftspolitik. Als supranationales Gebilde hebt sie regelmässig auf nationaler Ebene errungene Arbeitsrechte, öffentliche Dienstleistungen und wohlfahrtsstaatliche Massnahmen aus. Trotz des selbstgeschaffenen Mythos' eines demokratisch-humanistischen Gebildes ist die EU durch Unterstützung von Kriegen andernorts, den Export von Waffen dorthin und durch die berühmte «Sicherung der EU-Aussengrenzen» an der Tötung und Vertreibungen von Millionen Menschen massgeblich beteiligt. Ziel ist es, – einfacher, als es in jedem einzelnen Mitgliedstaat möglich wäre – die neoliberale Politik durchzusetzen, die in den Verträgen verankert ist: «freier und unverfälschter» Wettbewerb, die Zerstörung von sozialen Errungenschaften, der Abbau und die schrittweise Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sowie die Unterwerfung aller Menschen und aller Dinge unter den Markt. Darüber hinaus führt der Wettbewerb zwischen den EU-Ländern zu einer Verarmung der Bevölkerung, wovon die Aktionär:innen der Grosskonzerne profitieren. Ausserhalb der EU-Grenzen werden Tausende von Menschen getötet, indem Kriege unterstützt, Kriegsmaterial exportiert und Migrant:innen nicht aufgenommen werden.

§ 9. Die «westliche» Hegemonie wird zunehmend durch den Aufstieg neuer Mächte infrage gestellt: China, Russland, Indien, Brasilien, Südafrika etc. Diese Länder haben kooperative Beziehungen untereinander aufgebaut, insbesondere im Rahmen von BRICS¹², aber es bestehen auch Widersprüche und Konkurrenzverhältnisse zwischen ihnen. Eine multipolare Welt¹³ ist Realität geworden. Eine Realität mit positiven Auswirkungen: Die mit dieser Multipolarität einhergehende Schwächung der imperialistischen Dominanz des Westens verschafft den kleinen Ländern einen

¹⁰ Siehe «Faschismus» im Marxistischen Glossar

¹¹ Siehe «Hegemonie» im Marxistischen Glossar

¹² Siehe «BRICS-Staaten» im Marxistischen Glossar

¹³ Siehe «Multipolare Welt» im Marxistischen Glossar

grösseren Handlungsspielraum. Es erlaubt diesen, das Joch des Neokolonialismus¹⁴ abzuschütteln und begünstigt fortschrittliche Projekte in Lateinamerika und anderswo. Tatsache ist jedoch, dass es sich bei mehreren dieser Länder um kapitalistische Länder handelt, die mit den alten imperialistischen Mächten in Konflikt um Einflusszonen und Ressourcen stehen. Die Neuaufteilung der Welt unter rivalisierenden imperialistischen Mächten kann nur mit Gewalt, oft durch Krieg, erreicht werden. Den Preis dafür zahlen die schwächeren Völker und Länder. Diese internationale Konstellation stellt ein komplexes Geflecht von Widersprüchen dar, das eine differenzierte Analyse im einzelnen Fall erfordert.

§ 10. Die Volksrepublik China stellt einen besonderen Fall dar: Es handelt sich um ein Land, das von einer kommunistischen Partei regiert wird, das von sich sagt, sich im «Anfangsstadium des Sozialismus»¹⁵ zu befinden, und das Ziel verfolgt, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die in der Volksrepublik China existierende «sozialistisch orientierte Marktwirtschaft»¹⁶ stellt eine Gesellschaftsformation¹⁷ dar, die gewisse Erfolge erzielen konnte – sowohl beim wirtschaftlichen Fortschritt als auch bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung –, die jedoch auch eigene Widersprüche und negative Seiten aufweist und einer eingehenden Analyse bedarf. International gesehen war im Jahr 2000 die USA noch der wichtigste Handelspartner für die grosse Mehrheit der Nationen, 2024 hat China diese Position inne. In den internationalen Beziehungen scheint die Volksrepublik eine Politik zu verfolgen, die sich vom westlichen Neokolonialismus unterscheidet. Wir sehen, dass dieses Modell in den Ländern des Globalen Südens an Interesse und Attraktivität gewinnt, wenngleich auch hier verschiedene Widersprüche und Herausforderungen bestehen.

§ 11. Angesichts des Aufstiegs der aufstrebenden Mächte, insbesondere gegenüber China, reagiert der US-Imperialismus aggressiv und versucht, seine Stellung um jeden Preis zu verteidigen. Dies führt zu einer neuen Form des Kalten Krieges, die bereits zur Beteiligung – zumindest mit Waffenlieferungen – an mehreren Kriegen geführt hat und jederzeit in einen grossflächigen Krieg eskalieren könnte. Der Multilateralismus wird zunehmend durch eine Wiederaufrüstung, eine Konfrontationspolitik ersetzt und die Zahl der Kriege nimmt zu. Angriffskriege und militärische Interventionen in anderen Ländern dienen den wirtschaftlichen Interessen der herrschenden Klasse des Angreiferlandes. Das erste Opfer ist immer die Zivilbevölkerung. Die Militarisierung der Gesellschaft führt neben Sozialabbau auch zur Unterdrückung sozialer Bewegungen und Schichten, die für ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte kämpfen. Das Wettrüsten verbraucht lebenswichtige Ressourcen der Zivilbevölkerung. Diese neue Welle des Militarismus und der Aufrüstung beschleunigt die Bedrohung für das Überleben der Menschheit. Darüber hinaus ist Krieg auch eine ökologische Katastrophe.

§ 12. Dies ist umso dramatischer, da die Klimakrise längst Realität ist und Massnahmen nicht mehr warten können. Ohne eine schnelle, radikale und in vielen Fällen sofortige Reduzierung der Treibhausgasemissionen in allen Wirtschaftssektoren wird es unmöglich sein, die Erderwärmung auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen – oder auch nur auf 2°C. Und wir wissen ganz genau, dass jedes Zehntelgrad über 1,5°C erhebliche Auswirkungen hat und eine Welt

¹⁴ Siehe «Neokolonialismus» im Marxistischen Glossar

¹⁵ Siehe «Anfangsstadium des Sozialismus» im Marxistischen Glossar

¹⁶ Siehe «Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung» im Marxistischen Glossar

¹⁷ Siehe «Gesellschaftsformation» im Marxistischen Glossar

bedeutet, die ein Stück weniger bewohnbar ist, mit immer häufiger auftretenden Klimakatastrophen. Wir liegen 2025 bereits bei +1,5°C im Vergleich zur vorindustriellen Zeit. Die Auswirkungen sind mit blossen Auge sichtbar: eine massive Zunahme extremer Wetterereignisse, verheerende Stürme, katastrophale Dürren, das Aussterben unzähliger Arten etc. Auch die Schweiz ist betroffen: Überschwemmungen, Erdbeben, zunehmende Schäden in der Landwirtschaft, sehr trockene Sommer, die Gletscher schmelzen und die Wasserversorgung des Landes wird unsicher.

§ 13. Trotz dieser Dringlichkeit steigen die Treibhausgasemissionen weiterhin stetig an. Die Entscheidungstragenden vertreten die Interessen der Bourgeoisie, die mit Blick auf das Klima von Kurzfristigkeit geprägt sind. Die Monopole¹⁸ und ihre Lobbys tun alles, um möglichst lange weiter die Umwelt verschmutzen zu können. Selbst der Weltklimarat IPCC¹⁹ sagt es: Eine echte Lösung der Klimakrise erfordert einen Systemwandel, oder kurz gesagt, den Bruch mit dem Kapitalismus.

§ 14. Der Kapitalismus wird zudem konstitutiv in Verbindung mit anderen Unterdrückungssystemen aufgebaut, die die Schaffung von Ausbeutungsräumen²⁰ ermöglichen. Dies ist insbesondere beim Patriarchat²¹ der Fall. Indem es weibliche Arbeit auf den Bereich der Reproduktion²² reduziert, sichert es sich das Vorhandensein einer produktiven Arbeitskraft²³ sowie einer sozialen Gruppe, die als Reservearmee dienen kann. Die unentgeltliche Reproduktion der Arbeitskraft – sei es durch Hausarbeit, Care-Arbeit²⁴, sexuelle Arbeit, die Geburt und Erziehung der Arbeitskräfte von morgen – stellt ein fundamentales Element des Kapitalismus dar. Das historische Modell der Kernfamilie, das aus dem Aufstieg des industriellen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts hervorging, verschlechtert insbesondere in der Schweiz die Zugangsbedingungen von Frauen zum Arbeitsmarkt, indem es sie systematisch auf diese sozialen Funktionen als Mütter und Ehefrauen zurückführt. Diese Situation wirkt sich folglich auf ihre materiellen Lebensbedingungen aus und schafft ökonomische Abhängigkeiten. Dadurch werden Frauen auf ihren Körper reduziert und zugunsten des Kapitals ausgebeutet, durch ihre Arbeit für Männer und die Familie. Dies hat massive Konsequenzen: Im Jahr 2025 wird etwa alle zehn Tage eine Frau von einem Partner oder Ex-Partner ermordet, und gerade im Paarverhältnis ist das Risiko für Frauen am höchsten, Opfer eines Tötungsdelikts zu werden.

§ 14. Wenn der Marxismus die Notwendigkeit betont hat, das bürgerliche und ungleiche Familienmodell zu bekämpfen, so hat die Arbeiter- und kommunistische Bewegung, in der die PdAS verankert ist, stets ein volksnahes und egalitäres Familienmodell verteidigt. Dieses stellt einen Raum der Solidarität angesichts der ökonomischen Ausbeutung durch die liberale Gesellschaft dar.

In einem Kontext, in dem alle sozialen Verhältnisse zunehmend dem Markt unterworfen werden, bekräftigen wir die Notwendigkeit, ein solidarisches und egalitäres Familienmodell zu verteidigen – in all den Formen, die Familien annehmen können –, da sie einen Ort der Stabilität und des Schutzes gegenüber den Verheerungen des Liberalismus bilden. Zu diesem Zweck muss die PdAS einen Teil des Programms der Familienpolitik widmen.

¹⁸ Siehe «Monopol» im Marxistischen Glossar

¹⁹ Siehe «IPCC» im Marxistischen Glossar

²⁰ Siehe «Ausbeutung» im Marxistischen Glossar

²¹ Siehe «Patriarchat» im Marxistischen Glossar

²² Siehe «Reproduktion» im Marxistischen Glossar

²³ Siehe «Arbeitskraft» im Marxistischen Glossar

²⁴ Siehe «Care-Arbeit» im Marxistischen Glossar

§ 15. Im Kapitalismus werden auch Menschen besonders unterdrückt und benachteiligt, die nicht starren Rollenbildern sowie heteronormativen²⁵ Geschlechtsidentitäten²⁶ und Sexualitäten entsprechen. Diskriminierende Gesetzgebung, staatliche Gewalt gegen LGBTIQ+-Menschen²⁷ und die strukturelle Benachteiligung sind keine Zufälle, sondern auch Teil des kapitalistischen und patriarchalen Systems. Die herrschende Klasse nutzt Homophobie und Transfeindlichkeit ausserdem, um Teile der Arbeiter:innenklasse gegeneinander auszuspielen und sie zu spalten.

§ 16. In einer zunehmend von digitalen Strukturen geprägten Welt hat das Internet seit 2015 enorme Fortschritte gemacht. Entwicklungen wie die breite Verfügbarkeit von Cloud-Computing-Diensten und die Verbreitung sozialer Netzwerke haben unsere Lebensweise grundlegend verändert. Die COVID-19-Pandemie hat diese Veränderungen beschleunigt und die Bedeutung digitaler Plattformen im Berufs- und Alltagsleben verstärkt. Gleichzeitig hat die Einführung und Entwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI) neue Dimensionen eröffnet, sei es in der Datenanalyse oder in der Automatisierung. Derzeit liegt die Entwicklung dieser Technologien in den Händen von multinationalen Unternehmen. Das stellt eine Gefahr dar: Eine erhöhte Möglichkeit der Konzentration von Kapital und Macht in wenigen Händen, Deregulierung der Arbeitsbedingungen, Risiken der Manipulation von Informationen, Massenüberwachung, Sammlung und Nutzung persönlicher Daten zu kommerziellen Zwecken, ökologisch nicht nachhaltiger Energie-, Wasser- und Ressourcenverbrauch etc.

Die Schweiz von heute

§ 17. Die Schweiz, unser Land, gilt als eines der reichsten Länder der Welt. Gleichzeitig ist es auch eines der ungleichsten. Laut dem Bundesamt für Statistik besitzen die reichsten 1% in diesem Land etwa 44% des Gesamtvermögens. Die reichsten 10% besitzen fast 80% des gesamten Vermögens. Auf der anderen Seite verfügen die 50% der am wenigsten wohlhabenden Menschen nur über etwa 4% des Gesamtvermögens, und fast 15% der Bevölkerung lebt unterhalb oder gerade über der Armutsgrenze. Die Ungleichheit hat in den letzten Jahrzehnten weiter zugenommen und hat heute ein geradezu erschreckendes Ausmass erreicht.

§ 18. Diese Situation erklärt sich aus der überwältigenden wirtschaftlichen Dominanz der Grossbourgeoisie. Monopole und Kartelle²⁸ bestimmen die schweizerische Wirtschaft. Der Finanz-, Industrie- und Handelssektor wird weitgehend von wenigen sehr grossen Unternehmen dominiert, die eine erdrückende Kontrolle über die Wirtschaft ausüben und ihre eigenen Interessen durchsetzen. Die Industrie macht in der Schweiz ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts²⁹ aus, mehr als in den meisten kapitalistischen Zentren. Diese Stellung verdankt sie einer Spezialisierung auf Branchen, die einen hohen wirtschaftlichen Wert schaffen, und ihrer Ausrichtung auf den Export. Auch die Banken und das Finanzkapital³⁰ haben eine immense Macht. Das sieht man insbesondere an den Handlungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB): sie handelt oft im Dienste der

²⁵ Siehe «Heteronormativität» im Marxistischen Glossar

²⁶ Siehe «Geschlechtsidentität» im Marxistischen Glossar

²⁷ Siehe «LGBTIQ+» im Marxistischen Glossar

²⁸ Siehe «Kartell» im Marxistischen Glossar

²⁹ Siehe «Bruttoinlandsprodukt» im Marxistischen Glossar

³⁰ Siehe «Finanzkapital» im Marxistischen Glossar

Finanzoligarchie³¹. Diese repräsentiert eine bedeutende Macht – umso erheblicher, da sie etwa 6 Prozent der weltweiten Währungsreserven in ihren Händen konzentriert –, ohne dass sie einer demokratischen Kontrolle unterliegt.

§ 19. Das Bild eines Landes kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), das von der Rechten gemalt wird, entspricht kaum der Realität. Es dient lediglich als ideologischer Deckmantel für die uneingeschränkte Vorherrschaft der Monopole. Die KMU sind in der Regel den Monopolen untergeordnet, zum Beispiel als Zulieferer. Von den «Scheinselbstständigen» gar nicht zu reden, dieser neuen Erfindung des Kapitals, die darauf abzielt, die Rechte der Arbeiter:innen zu untergraben. Jene KMU, die nicht direkt von den Monopolen abhängig sind, leiden unter deren erdrückender Konkurrenz und kämpfen ums Überleben.

§ 20. Mit einer zunehmend mechanisierten und automatisierten Landwirtschaft sowie dem Konkurrenzdruck unter den Landwirt:innen schrumpft die Bauernschaft immer weiter. Selbst rentable kleine Betriebe werden von reicheren Landwirt:innen aufgekauft. Das derzeitige Gesetz, das es direkten Erb:innen erlaubt, den Familienbetrieb zum Ertragswert zu übernehmen, während andere Käufer:innen zum Marktwert kaufen müssen, trägt zur Konzentration der existierenden Betriebe in wenigen Händen bei. Der Bauernverband hingegen verteidigt ausschliesslich die Interessen der Grossbauern und agiert als verlängerter Arm des Kapitalismus in den Institutionen und vor Ort. Die landwirtschaftlichen Produzent:innen werden durch die Konkurrenz der Freihandelsabkommen, durch die vom Einzelhandel erzwungenen niedrigen Abnahmepreise sowie durch die Manipulationen der Saatgut-, Chemie- und Maschinenhersteller erdrückt, und das Familienmodell wurde weitgehend durch das Industriemodell ersetzt. Staatliche Subventionen gleichen diese Verluste oder Fehlinvestitionen nicht aus, und bürokratische Vorschriften, insbesondere im ländlichen Bauwesen, ändern sich zu schnell, um umgesetzt werden zu können. Die Arbeitsbedingungen der landwirtschaftlichen Arbeiter:innen gehören zudem zu den prekärsten: Oft ohne Aufenthaltsgenehmigung, rassifiziert oder saisonal beschäftigt, arbeiten sie mehr als fünfzig Stunden pro Woche für einen Lohn von weniger als 3'500 Franken. Die Schweiz nutzt ihre Stellung in den internationalen Produktionsverhältnissen³², um diese billige Arbeitskraft auszubeuten.

§ 21. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz gehört im weiten Sinne der Arbeiter:innenklasse an (einschliesslich der nichtarbeitenden Bevölkerungsgruppen: Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger:innen, junge Menschen in Ausbildung und Rentner:innen). Die Industriearbeiter:innen umfassen immer noch 20 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Schweiz, was mehr ist als in den meisten kapitalistischen Zentren. Die Lebensbedingungen der Arbeiter:innenklasse selbst führen dazu, dass sie ein Bewusstsein für Ausbeutung entwickeln kann, ohne dass daraus notwendigerweise ein eigenes Klassenbewusstsein³³ entsteht. Ohne die Lohnarbeiter:innen in der Industrie und im Dienstleistungssektor steht die Gesellschaft still. Die Rolle der Arbeiter:innenklasse bleibt entscheidend für ein revolutionäres Projekt zur Umgestaltung der Gesellschaft; und ihre politische Organisation bleibt ein zentrales Ziel unserer Partei. Ein grosser Teil der Bevölkerung arbeitet auch in intellektuellen und wissenschaftlichen Berufen oder sie sind Techniker:innen und spezialisierte Fachkräfte. Der Übergang von der Arbeiter:innenklasse

³¹ Siehe «Finanzoligarchie» im Marxistischen Glossar

³² Siehe «Produktionsverhältnis» im Marxistischen Glossar

³³ Siehe «Klassenbewusstsein» im Marxistischen Glossar

zum Kleinbürgertum³⁴ ist bei diesen Schichten in Bezug auf Lebensstandard und/oder Ideologie³⁵ fliessend und kann unsere Arbeit unter ihnen erschweren, weil sie stärker kleinbürgerlich geprägt sind. Die Identifikation mit der Arbeiter:innenklasse und das Klassenbewusstsein an sich können daher komplizierter sein. Sie sind durch die Klimakrise, den Sozialabbau, die hohen Mieten, die Inflation etc. jedoch bedroht und können dadurch ebenfalls für den Klassenkampf³⁶ organisiert werden.

Gleichzeitig ist ein grosser Anteil der Arbeiter:innenklasse in der Schweiz migrantischer Herkunft. Einige von ihnen haben keine Papiere und sind mit Lohndumping, informeller Arbeit und brutaler Repression konfrontiert. Der Imperialismus schiebt Millionen von Menschen wie Rohware um die ganze Welt, entweder legal, weil Arbeitskräfte benötigt werden, oder illegal durch Menschenhandel. Die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und rechtlichen Grundlagen werden von der herrschenden Klasse genutzt, um die Arbeiter:innen in der Schweiz zu spalten und zu unterdrücken.

§ 22. Die herrschende Klasse selbst bildet eine winzige Minderheit, die aber eine überwältigende wirtschaftliche Dominanz ausübt. Diese wirtschaftliche Dominanz der Grossbourgeoisie schlägt sich in ihrer politischen Dominanz nieder. Die politischen Parteien, die seit der Gründung der modernen Eidgenossenschaft im Jahre 1848 ununterbrochen die Mehrheit stellten, repräsentieren verschiedene Fraktionen der Bourgeoisie. Sie unterscheiden sich teilweise in wichtigen Nuancen, sind sich jedoch im Wesentlichen einig: Sie verfolgen eine Politik zur Erhaltung der bestehenden Ordnung im Interesse der herrschenden Klasse. Die gewählten Vertreter:innen dieser Parteien sitzen fast alle in den Verwaltungsräten von Grossunternehmen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sie nicht im Dienste des Volkes, sondern im Interesse derjenigen arbeiten, die sie bezahlen. Mächtige Lobbygruppen – Arbeitgeberverbände, Krankenkassen, Immobilienkonzerne usw. – sorgen ebenfalls für die Wahrung der Klasseninteressen der Bourgeoisie.

§ 23. Gegenüber diesem bürgerlichen Block stellt die reformistische³⁷ Linke, bestehend aus der SP und den Grünen, keine echte Opposition dar, da diese Parteien weder den Kapitalismus noch den Imperialismus infrage stellen und ihren Horizont auf eine bessere Verwaltung des bestehenden Systems beschränken. Es sind Parteien des fortschrittlichen Kleinbürgertums, die Teile der Arbeiter:innenklasse einzubinden versuchen. Die SP hat den Marxismus längst aufgegeben, und die Grünen haben sich von der Radikalität ihrer Anfänge entfernt. Diese Parteien begnügen sich zu oft mit einer Strategie des Kompromisses mit den Rechten. Ihre Vertreter:innen verhalten sich als loyale Verwalter:innen des Kapitalismus und agieren somit kaum anders als ihre Kolleg:innen von der Rechten. Auch wenn diese Parteien manchmal Verbündete im Kampf gegen die von der Bourgeoisie angestrebten Rückschritte und für den sozialen Fortschritt sind, schwächt ihre Kompromisshaltung mit der herrschenden Klasse die Arbeiter:innenklasse ideologisch und entwaffnet sie, wodurch die Dominanz der Bourgeoisie aufrechterhalten wird.

§ 24. Aus der unangefochtenen Vorherrschaft der monopolistischen Bourgeoisie ergibt sich für sie ein ganz einfaches Ziel: die Steigerung ihrer Profite um jeden Preis. Erreicht wird dies durch eine verstärkte Ausbeutung der Arbeitskraft, durch neue Produktionsmethoden inklusive Digitalisierung, durch die Spezialisierung auf exportorientierte Industrien mit hoher Wertschöpfung und durch das

³⁴ Siehe «Kleinbürgertum» im Marxistischen Glossar

³⁵ Siehe «Ideologie» im Marxistischen Glossar

³⁶ Siehe «Klassenkampf» im Marxistischen Glossar

³⁷ Siehe «Reformismus» im Marxistischen Glossar

Aufblähen parasitärer Sektoren wie der Finanzwirtschaft und dem Aktienhandel. Es ist die Jagd nach Profiten und Wachstum, nicht persönliche Gier, welche diese Ausbeutung vorantreibt. Die Kurzsichtigkeit dieser nur auf schnelle Profite ausgerichteten Bourgeoisie führt zu einer Deindustrialisierung des Landes und zur Vernichtung wichtiger industrieller Kapazitäten, weil sie nicht rentabel genug sind. Die Weigerung der bürgerlichen Parteien, angesichts dieser Deindustrialisierung auch nur eine minimale Industriepolitik umzusetzen, zeigt die Unfähigkeit der herrschenden Klasse, ein Zukunftsprojekt für das Land zu entwickeln und über ihre kurzfristigen Profite hinaus zu denken.

§ 25. Auf politischer Ebene setzt die herrschende Klasse Steuersenkungen für die Reichsten und die Grossunternehmen und andererseits Sparprogramme sowie Sozialabbau durch, die die Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen hart treffen. Die Obsession mit der Schuldenbremse – von der die Militärausgaben ausgenommen sind – ist die Quintessenz dieser Klassenpolitik. Diese Politik ist jedoch kurzsichtig und blockiert eine Investition in die Zukunft des Landes – wie die Kürzungen bei ökologischen Investitionen zeigen.

§ 26. Die neoliberale Sparpolitik hat auch verheerende Auswirkungen auf den Service public. Die Beschäftigten in diesen Bereichen stehen unter Druck durch Sparmassnahmen, Liberalisierung, Wettbewerb und die Einführung von Managementmethoden aus der Privatwirtschaft, was sich in einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des Personals und der Qualität der Dienstleistungen für die Bevölkerung niederschlägt. Die Beschäftigten im Service public machen fast 30 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung der Schweiz aus. Viele von ihnen haben gelernt, wie man sich gewerkschaftlich und politisch organisiert und kämpfen nicht nur für ihre Arbeitsbedingungen, sondern auch für den Erhalt und die Qualität der öffentlichen Dienste für die Bevölkerung. Mehrmals ist es ihnen gelungen, neoliberale Projekte zu verhindern. Der Kampf gegen den Abbau des Service public ist für die PdAS eine zentrale strategische³⁸ Aufgabe – gegen seine Ausrichtung auf die marktwirtschaftliche Logik, gegen die Privatisierung, für einen universellen und hochwertigen Service public und für gute Arbeitsbedingungen für das Personal.

§ 27. Innerhalb der Schweizer Bourgeoisie gibt es Interessenskonflikte – zwischen exportorientierten Unternehmen und solchen, die stärker auf den Binnenmarkt ausgerichtet sind, zwischen Unternehmen, deren Geschäft stark von der EU abhängt, und solchen, die in dieser Hinsicht weniger anfällig sind. Diese Konflikte spiegeln sich politisch im Unterschied zwischen der FDP und der SVP wider, sowie in Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeitgeberorganisationen.

§ 28. Diese Meinungsverschiedenheiten konzentrieren sich derzeit auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Der Bundesrat, die Mehrheit der bürgerlichen Parteien und der Arbeitgeberverbände sind im Namen des Zugangs zum Binnenmarkt für die Schweizer Grosskonzerne bereit, den mit einer «institutionellen Lösung» verbundenen Souveränitätsverzicht in Kauf zu nehmen. Diese «Lösung» fordert die EU, die sich mit dem bisherigen bilateralen Weg nicht länger zufriedengibt. Sie würde eine einseitige und zwingende Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz bedeuten, andernfalls drohen Repressalien. Die SP steht dem Vorhaben zurückhaltend gegenüber, da eine einseitige Übernahme des EU-Rechts Angriffe auf die Rechte der Arbeiter:innen

³⁸ Siehe «Strategie» im Marxistischen Glossar

mit sich bringen würde, ist aber grundsätzlich nicht gegen eine «institutionelle Lösung». Die SVP hingegen lehnt sie im Namen der nationalen Souveränität ab.

§ 29. Die SVP vertritt die Interessen eines Teils der Schweizer Grossbourgeoisie, für die eine souveräne Schweiz vorteilhafter ist. Die Sorge der SVP um die Schweizer Arbeiter:innen, die durch die Personenfreizügigkeit bedroht seien, ist heuchlerisch. Tatsächlich tritt diese Partei für den Neoliberalismus³⁹ in sozioökonomischen Fragen ein, und für den Freihandel – auch mit der EU –, der für die Interessen der Arbeiter:innen ebenso verheerend ist wie für die Bauernschaft, welche die SVP zu verteidigen vorgibt. Heuchlerisch ist auch ihre Verteidigung des bilateralen Wegs. Die SVP setzt rechtsextreme Demagogie ein, und sorgt so dafür, dass rechtsextreme Positionen politisch und gesellschaftlich weiter akzeptabel werden.

§ 30. Das politische System der Schweiz wird seit Jahrzehnten von der Konkordanzdemokratie⁴⁰ geprägt. In diesem System gilt nicht das Mehrheitsprinzip als zentraler Entscheidungsmechanismus (im Gegensatz zur Konkurrenzdemokratie), sondern das gütliche Einvernehmen und breit abgestützte Kompromisslösungen zwischen den grössten Parteien. Am deutlichsten kommt die Konkordanz in der Regierungszusammensetzung zum Vorschein. Seit der Eingliederung der SP im Jahr 1943 und ununterbrochen seit 1959 besteht eine Art Allparteienregierung, die zur Entpolitisierung eines grossen Teils der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter:innenklasse, führt. Wir setzen uns gegen diese von den bürgerlichen Parteien dominierte Regierungszusammensetzung ein und fordern ein Ende der Konkordanz.

§ 31. Rassismus ist eines der Elemente, das im Zentrum der kapitalistischen Ausbeutungsmaschine steht. Wie der Imperialismus ist er aus dem Kapitalismus hervorgegangen und stellt heute eines der mächtigsten Werkzeuge der Bourgeoisie dar, um ihre Macht zu bewahren, indem sie Unterschiede und Ressentiments zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb der Arbeiter:innenklasse fördert und verschärft. Tatsächlich existieren daher Ungleichheiten und eine interne Ausbeutung innerhalb der Arbeiter:innenklasse, die jedoch, anstatt die allgemeine Ausbeutung aufzuheben, diese nur verstärken. Deshalb ist es notwendig, den Antirassismus mit dem Klassenkampf zu verbinden, anstatt ihn als ein sich selbst tragendes und getrenntes Konzept zu betrachten. Nur durch die Veränderung der materiellen Bedingungen, die die Entstehung und anschliessend die Reproduktion des Rassismus ermöglicht haben, wird es möglich sein, diesen zu überwinden. Dies erfordert daher den Kampf an der Arbeitsfront gegen den Konkurrenzkampf der Arbeiter:innen, den antiimperialistischen Kampf zur Beendigung der Ausbeutung des globalen Südens und der erzwungenen Migration, den entschiedenen Widerstand gegen die von der extremen Rechten geführten Diffamierungskampagnen gegen Minderheiten – aber auch und vor allem die Betonung des Gemeinsamen, das die Arbeiter:innen eint. Nur durch die Sammlung der Werktätigen im Namen des Kampfes gegen Ausbeutung in all ihren Formen kann die Spaltungstaktik der extremen Rechten verhindert werden. Auch die Partei muss diese Einheit widerspiegeln: in ihrer Zusammensetzung ebenso wie in ihrer Verankerung in den verschiedenen Schichten der Werktätigen. Denn Solidarität entsteht in der Nähe und im gemeinsamen Kampf, Seite an Seite.

§ 31. Die Frauen in der Schweiz sind auf gesetzlicher Ebene den Männern gleichgestellt, in vielen Lebensbereichen werden sie jedoch noch immer zusätzlich ausgebeutet und unterdrückt. Der

³⁹ Siehe «Neoliberalismus» im Marxistischen Glossar

⁴⁰ Siehe «Konkordanz/Konkordanzdemokratie» im Marxistischen Glossar

durchschnittliche Lohn von Frauen in der Schweiz war 2023 laut Bundesamt für Statistik 16,2 Prozent tiefer als der von Männern. Werden Faktoren wie Arbeitspensum, Ausbildungsniveau und Branche berücksichtigt, kann etwa die Hälfte dieses Unterschieds «erklärt» werden. Das bedeutet, Frauen verdienen weniger als Männer – einfach weil sie Frauen sind. Auch die Reproduktionsarbeit im Haushalt ist in der Regel nicht gleichmässig aufgeteilt. Frauen in der Schweiz leisten laut Bundesamt für Statistik im Durchschnitt rund zehn Stunden mehr unbezahlte Hausarbeit pro Woche als Männer. Auch Gewalt gegen Frauen ist hierzulande immer noch Alltag: Pro Tag gehen im Schnitt offiziell 35 Anzeigen von Frauen ein, die von ihrem Partner geschlagen oder sexuell genötigt werden. Pro Woche gibt es offiziell einen versuchten Feminizid und pro Monat werden zwei Frauen von ihrem Partner getötet. Die Dunkelziffer ist hoch.

§ 32. LGBTIQ+-Menschen in der Schweiz erleben täglich Diskriminierung, Gewalt und rechtliche Benachteiligung. Viele queere⁴¹ Menschen sind von schlechten Arbeitsbedingungen betroffen, werden in der Schule, im Betrieb oder in der Familie nicht akzeptiert und haben erschwerten Zugang zu Gesundheitsversorgung und Wohnraum. Während sich der Staat und viele Unternehmen mit Regenbogenfahnen schmücken, bleiben trans und nicht-binäre Menschen zusätzlich mit bürokratischen Hürden konfrontiert, queerfeindliche Gewalt wird oft verharmlost, und konservative Kreise greifen zunehmend jeden Fortschritt wie zum Beispiel die Gendermedizin an.

Die internationale Rolle der Schweiz

§ 33. Von offizieller Seite wird die Schweiz als ein neutrales Land «ohne versteckte Agenda» dargestellt, das sich für die Einhaltung des Völkerrechts und anderer humanitärer Rechte einsetzt, was ihr angeblich den allgemeinen Respekt der internationalen Gemeinschaft einbringt. In Wirklichkeit dient die Aussenpolitik der Schweiz jedoch den Interessen ihrer Grosskonzerne, deren Auslandsinvestitionen und Marktanteilen.

§ 34. Die Schweiz ist zwar ein kleines Land, aber auch ein bedeutendes imperialistisches Zentrum. Die Akkumulation⁴² des Schweizer Kapitals findet zum grossen Teil ausserhalb der Landesgrenzen statt: durch Exportindustrien, durch umfangreiche Direktinvestitionen im Ausland, durch die ausländischen Niederlassungen Schweizer Multis, die Arbeiter:innen in anderen Ländern ausbeuten und ihre Profite in die Schweiz zurückführen. Schweizer Banken spielen eine zentrale Rolle bei der Ausbeutung des globalen Südens und der Zerstörung unserer Umwelt durch ihre Investitionen, insbesondere in fossile Energien, und durch die Verwaltung von unrechtmässig erworbenem Kapital. Ausserdem unterstützen sie die Spekulation mit lebenswichtigen Gütern wie Nahrungsmitteln. Die Schweiz ist zudem ein globaler Knotenpunkt im Rohstoffhandel, mit einer hohen Konzentration an Handelsunternehmen, die einen erheblichen Einfluss auf die internationalen Märkte ausüben. Diese Konzerne spezialisieren sich auf die Förderung und den Handel fossiler Brennstoffe, Metalle und landwirtschaftlicher Produkte und haben massgeblichen Einfluss auf die Preisbildung und Handelsströme. Ihre Macht hat katastrophale soziale und ökologische Folgen: durch die brutale Ausbeutung der Arbeitskräfte, Verursachung von

⁴¹ Siehe «Queer» im Marxistischen Glossar

⁴² Siehe «Akkumulation des Kapitals» im Marxistischen Glossar

Umweltkatastrophen, enorme Verschmutzung, Hunger und Zerstörung von Ökosystemen entstehen verheerende Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung.

§ 35. Gemessen an der Grösse des Landes trägt das Schweizer Kapital in überproportionalem Masse zur Ausbeutung des globalen Südens, zur Plünderung seiner natürlichen Reichtümer, zur Umweltzerstörung, zur Verarmung der Menschen und damit zur Destabilisierung anderer Länder bei. Multinationale Konzerne mit Hauptsitz in der Schweiz und die Politik des Bundes sind daher mitverantwortlich für die Migrationskrise. Noch nie waren so viele Menschen gezwungen, ihr Land zu verlassen. Sie flüchten auf langen und gefährlichen Routen vor Kriegen, den verheerenden Folgen der Klimakrise und der Armut – um zu überleben. Die imperialistischen Zentren leugnen nicht nur ihre massgebliche Verantwortung für diese tragische Realität, sondern verbarrikadieren sich auch gegenüber den Menschen.

Die EU zum Beispiel verwandelt sich in eine Festung, umgibt sich mit Mauern und Stacheldraht und trägt die direkte Verantwortung für eine enorme Anzahl von Toten. Diejenigen, denen die Flucht gelingt, werden in Lager gesperrt, entmenslicht, zu Sündenböcken der reaktionären Kräfte⁴³ gemacht, ihrer grundlegendsten Rechte beraubt und auf zutiefst unwürdige Weise behandelt. Rassismus ist ein strukturelles Element der Ausbeutung der Arbeiter:innen in der Schweiz, da er wirtschaftlich die Mehrwertmaximierung⁴⁴ ermöglicht und strategisch die Herrschaft des Bürgertums festigt, indem er die Bevölkerung spaltet und die rassifizierten Arbeiter:innen den weissen Schweizer:innen gegenüberstellt. Die Schweiz arbeitet mit der EU und deren tödlicher Ausländerpolizei Frontex zusammen und verfolgt eine Asylpolitik, die der Menschenwürde nicht entspricht: rassistische Gesetze, gewaltsame und rücksichtslose Abschiebungen, Einsperrung in immer stärker gefängnisähnlichen Zentren unter skandalösen Lebensbedingungen etc. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs organisieren die rechten Parteien diese rassistische Spaltung der Gesellschaft. Seit 30 Jahren grenzt sich die SVP von anderen rechten Parteien ab, indem sie besonders aggressiv eine Politik der Prekarisierung und Entmenslichung rassifizierter Menschen vorantreibt, durch rassistische und provokante Kampagnen, die Migration als gesellschaftliches Problem darstellen. Die PdA sieht in ihrem Kampf gegen das Bürgertum die Verbindung von Rassismus und Imperialismus als das Haupthindernis für die Schaffung einer kämpfenden, selbstbewussten und siegreichen Arbeiter:innenklasse. Die Einheit der Arbeiter:innenklasse ist nur durch einen kompromisslosen Kampf gegen den Rassismus möglich.

§ 36. Die schweizerische Neutralität ist ein Konzept, das auf äusserst unterschiedliche Weise zur Rechtfertigung einer Aussenpolitik verwendet wird, die den Interessen der herrschenden Klasse dient. Die «immerwährende und bewaffnete Neutralität» gehört zu den nationalen Mythen, die mit einer Prise Heuchelei verbunden sind und die nie vollständig der Realität entsprachen. Die Bourgeoisie hat nie gezögert, die Neutralität zu verletzen, sei es, um mit Nazi-Deutschland zusammenzuarbeiten oder um sich im Kalten Krieg objektiv auf die Seite der imperialistischen Mächte zu stellen.

§ 37. Im Kontext einer zunehmenden und vielschichtigen weltweiten Polarisierung sowie verschärfter Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten, wird die Neutralität zunehmend vom Bundesrat und einer Mehrheit der Parteien infrage gestellt, zugunsten einer

⁴³ Siehe «Reaktionäre Kräfte» im Marxistischen Glossar

⁴⁴ Siehe «Mehrwert» im Marxistischen Glossar

einseitigen Ausrichtung auf die USA und die NATO. Die Schweiz übernimmt immer wieder die einseitigen Sanktionen der EU, z.B. gegen die Russische Föderation. Viele Stimmen aus dem rechten Lager des Parlaments, aber auch aus der SP, ziehen verschiedene Formen der Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes in Betracht, insbesondere um unter bestimmten Bedingungen die Wiederausfuhr von Waffen in kriegsführende Länder zu erlauben. Im Gegensatz dazu hat die Regierung eine beschämende Komplizenschaft mit dem Staat Israel gezeigt, indem sie dessen genozidalen Krieg gegen das palästinensische Volk ignoriert und das Völkerrecht mit Füßen tritt.

§ 38. Obwohl die Schweiz nicht Mitglied der NATO ist, ist die Zusammenarbeit zwischen der Schweizer Armee und dieser imperialistischen Organisation – mit der sie durch die «Partnerschaft für den Frieden» verbunden ist – derart eng und die «Interoperabilität» so weit fortgeschritten, dass der einzige weitere mögliche Schritt der Schweiz in Richtung NATO eine offizielle Mitgliedschaft wäre. Der Bundesrat hat alles getan, um die Neutralität zu schwächen und die Schweiz in eine faktische NATO-Mitgliedschaft zu führen. Innerhalb des bürgerlichen Lagers gibt es Stimmen, die für eine noch stärkere Annäherung an die NATO plädieren, ja sogar für einen offiziellen Bruch mit der Neutralität und den Beitritt zu diesem imperialistischen Bündnis.

§ 39. Diese Untergrabung der Neutralität und die schleichende Integration in die NATO werden von einem Teil der Linken bekämpft im Namen der Auffassung, dass die Neutralität förderlich sei für Frieden und Abrüstung. Doch es ist vor allem die SVP, die sich als Verteidigerin der Neutralität und als Gegnerin einer Annäherung an die NATO profilieren kann, aber keine der konkreten Schritte in Richtung NATO bekämpft. Die SVP führt diesen Kampf im Interesse des Teils der Grossbourgeoisie sowie aus einer rein eigennützigen Auffassung von Neutralität: Geschäfte mit allen Regimen gleichzeitig machen zu können, auch mit jenen, die von den USA sanktioniert werden.

PdAS: Für das Interesse der Mehrheit der Bevölkerung

§ 40. Die PdAS kämpft entschieden gegen die von der Bourgeoisie geführte Klassenpolitik, die den Interessen der Arbeiter:innen feindlich gegenübersteht. Sie setzt dem eine Politik entgegen, die den Interessen der grossen Mehrheit der Bevölkerung entspricht und auf den sozialen und demokratischen Fortschritt abzielt.

§ 41. Die PdAS kämpft für höhere Löhne, für eine Verkürzung der Arbeitszeit, für die Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte und für bessere Arbeitsbedingungen. Sie fordert einen schweizweiten Mindestlohn, von dem man anständig leben kann, sowie die konsequente Umsetzung der Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern. Die PdAS arbeitet eng mit den Gewerkschaften zusammen und fordert ihre Mitglieder auf, sich aktiv in diesen Organisationen zu engagieren. Die Gewerkschaften sind die wichtigsten Vertretungsorgane der Arbeiter:innenklasse, in deren Rahmen diese sich organisieren muss, um ihre Interessen gegenüber der Bourgeoisie durchzusetzen. Die Stärkung der Gewerkschaften ist daher von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig übt die PdAS jedoch scharfe Kritik an der «sozialpartnerschaftlichen» Ausrichtung der Schweizer Gewerkschaften und fordert ein Ende des sogenannten «Arbeitsfriedens»⁴⁵ – der die

⁴⁵ Siehe «Arbeitsfrieden» im Marxistischen Glossar

Arbeiter:innenklasse gegenüber den Arbeitgeber:innen entwaffnet. Stattdessen setzt sich die PdAS für eine kämpferische gewerkschaftliche Linie ein.

§ 42. Angesichts der Konzentration des Reichtums in immer weniger Händen setzt sich die PdAS für eine grössere Umverteilung von oben nach unten und eine stark progressive Besteuerung der Reichen und Grosskonzerne ein, um das Geld dort zu holen, wo es ist, und es der Gesellschaft zugutekommen zu lassen. Auf diese Weise sollen den Arbeiter:innen die Reichtümer zurückgegeben werden, die sie schaffen, die jedoch von der Bourgeoisie angeeignet werden. Die PdAS fordert eine strengere Regulierung der Grosskonzerne im Finanz-, Industrie- und Handelssektor, um ihre Macht zu begrenzen, und letztendlich ihre Verstaatlichung. Die PdAS fordert eine Änderung des Status der Schweizerischen Nationalbank (SNB), deren «Unabhängigkeit» nur die Klassenherrschaft im Dienste der Finanzoligarchie verschleiert. Sie muss demokratisch kontrolliert werden, um eine Geldpolitik im Interesse der Allgemeinheit zu gewährleisten.

§ 43. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten fordert die PdAS die Indexierung der Löhne, Renten und Sozialleistungen, d.h. ihre volle Bindung an den Landesindex der Konsumentenpreise. Sie fordert die Abschaffung der Mehrwertsteuer, beginnend bei den für die Arbeiter:innenklasse wichtigsten Gütern. Sie fordert ausserdem Preis- und Mietkontrollen, das Recht auf Wohnen und einen besseren Schutz der Mieter:innen mit dem Ziel, langfristig das Privateigentum an Grund und Boden vollständig abzuschaffen. Die PdAS kämpft für die Ersetzung des Drei-Säulen-Rentensystems durch eine echte Volkspension nach dem Vorbild der AHV. Sie fordert ein öffentliches Gesundheitswesen ohne Marktmechanismen, die Abschaffung der Krankenkassen, die von der Abhängigkeit der Bevölkerung von teuren medizinischen Leistungen profitieren, zugunsten einer umfassenden sozialen Sicherheit. Die PdAS kämpft für einen gut ausgebauten Service public. Die PdAS setzt sich für ein öffentliches, kostenloses und demokratisches Bildungs- und Forschungssystem ein, das bedarfsgerecht finanziert ist, eine emanzipatorische Bildung vermittelt, frei von Einflüssen der Privatwirtschaft ist und das auf eine allseitige Entwicklung der Bürger:innen abzielt.

§ 44. Angesichts der beschleunigten Umweltzerstörung durch die gegenwärtige Produktionsweise setzt sich die PdAS für eine ehrgeizige ökologische Politik ein, um Treibhausgasemissionen und Umweltschäden drastisch zu reduzieren, soziale und Klimagerechtigkeit zu gewährleisten sowie eine nachhaltige und umweltverträgliche Wirtschaft zu fördern. Die PdAS ist der Ansicht, dass die Hauptursache der gegenwärtigen Katastrophe der Kapitalismus und sein Zwang zum maximalen Profit ist; dass der Kapitalismus notwendigerweise die Umwelt zerstört. Es ist daher nicht möglich, die Umweltzerstörung zu beenden, ohne den Kapitalismus zu überwinden. Ökologie ist eine Klassen- und antiimperialistische Frage: Es sind die Reichsten und die Grossunternehmen, die für die Umweltzerstörung verantwortlich sind, und es sind die werktätigen Klassen und die Völker des globalen Südens, die am stärksten darunter leiden. Die PdAS lehnt daher eine individualistische und sanktionierende Umweltpolitik ab, wie sie von der Mehrheit der Regierungsparteien vertreten wird. Die PdAS tritt für eine ökologische und nachhaltige Landwirtschaft sowie für Ernährungssouveränität ein und verteidigt die Interessen der Bauernschaft gegenüber der kapitalistischen Agrarindustrie, dem Grosshandel und dem Freihandel. Der globale Süden muss alle Mittel erhalten, die er braucht, um den bereits verursachten und künftigen Schäden begegnen zu können. In der Schweiz muss mehr Forschung finanziert werden, deren Ergebnisse eine Anpassung

an die veränderten Lebensbedingungen ermöglichen. Die Ergebnisse müssen international öffentlich zugänglich sein.

§ 45. Die PdAS tritt für eine offene Schweiz ein, für eine würdevolle Aufnahme aller Geflüchteten. Sie fordert das aktive und passive Wahlrecht für Ausländer:innen auf allen Ebenen und den Zugang zu politischen Rechten für alle, die in unserem Land leben und arbeiten. Sie bekämpft die offizielle und von reaktionären Kräften verbreitete Fremdenfeindlichkeit; diese Ideologie dient einzig dem Zweck, die werktätigen Klassen im Interesse der herrschenden Klasse und zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zu spalten.

§ 46. Die PdAS setzt sich für eine gleichberechtigte Schweiz ein, für alle Menschen unabhängig ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung, sowohl in den Rechten als auch im realen Leben. Sie kämpft gegen jegliche Diskriminierungen und Gewalt, die diese Gruppen treffen. Sie setzt sich ein für das Recht jedes Menschen auf Selbstbestimmung über seinen Körper, das insbesondere den Zugang zur Verhütung sowie den Abbruch einer Schwangerschaft und den Zugang zu allen medizinischen Leistungen garantiert, die körperliche Selbstbestimmung ermöglichen, ebenso das Verbot von Konversionstherapien sowie unerwünschten invasiven Operationen. Die Care-Arbeit, die stark von Frauen geprägt ist, hat eine herausragende Bedeutung für die Arbeiter:innenklasse und ihre prekärsten Mitglieder. Die PdAS muss deren Anerkennung und die Verbesserung dieser Bedingungen vorantreiben. Sie fordert die angemessene Bezahlung der Care- und Fürsorgearbeit. Sie fordert die Ausweitung der Demokratie und der Mitbestimmung in allen Lebensbereichen.

§ 47. Die PdAS tritt für strenge Regeln im Umgang mit Datennutzung und Künstlicher Intelligenz (KI) ein, um Missbrauch und Überwachung zu verhindern. KI darf nicht allein den Grosskonzernen überlassen werden, sondern muss demokratisch kontrolliert sein. Dabei gilt es, durch KI bedrohte Arbeitsplätze zu sichern und den technischen Fortschritt im Sinne der Gesellschaft einzusetzen. Nur so kann KI zum Werkzeug für eine gerechte und solidarische Zukunft werden.

Für Frieden und internationale Solidarität

§ 48. Seit ihrer Gründung im Jahr 1944 setzt sich die PdAS für Frieden zwischen den Völkern ein. In der aktuellen politischen Situation ist es sehr wichtig, eine umfassende Friedenspolitik zu entwickeln und voranzutreiben. Sie ist gegen das Wettrüsten, die Einmischung in andere Länder und die Beteiligung der Schweizer Armee an Kriegen. Die PdAS will eine engagierte Schweiz, die bestrebt ist, die Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt zu verringern; eine Schweiz, die sich für den Frieden einsetzt, statt Kriege zu fördern.

§ 49. Die PdAS verurteilt Wirtschaftskriege, Destabilisierungsversuche, Invasionsdrohungen und imperialistische Kriege und bekräftigt ihre aktive Solidarität mit den betroffenen Völkern und sozialen Bewegungen. Sie verurteilt jeden Versuch, eine neokoloniale Hegemonie durchzusetzen und sich Ressourcen anzueignen, die den Völkern gehören. Deshalb verteidigt die PdAS das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen jegliche Einmischung. Nur die Völker selbst können ihren Entwicklungsweg bestimmen. Die PdAS unterstützt auch den Kampf für die Selbstbestimmung Palästinas, Kurdistans und aller Völker, die täglich gegen Imperialismus und

Neokolonialismus kämpfen. Sie steht solidarisch an der Seite der sozialistischen Länder dieser Welt. Die bisherige Solidarität der Partei mit Kuba, Venezuela und Vietnam soll weiter verstärkt werden. Zukünftig werden die laufenden Prozesse in anderen sozialistischen Ländern durch die PdAS analysiert und ein konstruktiver Austausch gesucht werden.

§ 50. Die PdAS ist entschieden internationalistisch⁴⁶ und bleibt der Lehre von Karl Marx treu: Die Völker werden gemeinsam siegen oder alleine untergehen. Aus diesem Grund ist internationale Solidarität ein Grundwert der PdAS. Sie steht solidarisch an der Seite aller Völker dieser Welt im Kampf für ihre Rechte, für ihre Befreiung und für den Sozialismus⁴⁷. Ohne diese Solidarität kann eine sozialistische Revolution nicht erfolgreich sein. Die PdAS sucht aktiv den Austausch und die Verbindung mit den marxistischen und kommunistischen Parteien anderer Länder und strebt einen engeren Zusammenschluss auf internationaler Ebene an.

§ 51. Die PdAS lehnt sowohl einen Beitritt zur EU als auch den bilateralen Weg ab, wie er bisher verfolgt wurde. Sie spricht sich gegen jede «institutionelle Lösung» aus, das heisst gegen eine einseitige Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz. Sie verteidigt die nationale Souveränität in diesem Zusammenhang nicht aus nationalistischen Gründen, sondern weil sie eine notwendige Voraussetzung für eine wirkliche Demokratie ist, die ihren Sinn nicht verliert, und dem Volk ermöglicht, sich für einen anderen Weg zu entscheiden. Im Falle einer «institutionellen Lösung», wie sie die EU vorschlägt, müsste sich die Schweiz dauerhaft einer neoliberalen Gesetzgebung unterordnen, das einzig im Interesse der grossen Monopole geschaffen wurde. Dies würde eine Politik im Interesse der Arbeiter:innen, und noch viel mehr den Aufbau einer sozialistischen Schweiz, schwieriger machen.

§ 52. Im Gegensatz zur SVP, die für den Freihandel, auch mit der EU, eintritt, schlägt die PdAS anstelle des bilateralen Weges eine grössere Unabhängigkeit vom globalisierten Markt durch die Einführung eines solidarischen Protektionismus vor, als notwendigen Schritt zum Aufbau einer sozialistischen und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft. Der Kampf gegen die Unterwerfung unter die EU ist untrennbar mit dem Kampf für eine Veränderung der Schweiz verbunden. Als internationalistische Partei befürwortet die PdAS kooperative, gleichberechtigte Beziehungen mit anderen Ländern anstelle von Marktbeziehungen. Sie ist nicht prinzipiell gegen jede Form europäischer Integration oder eine mögliche Eingliederung der Schweiz, lehnt jedoch die derzeitige neoliberale und undemokratische EU in ihrer bestehenden Form ab.

§ 53. Die PdAS ist gegen jede weitere Annäherung an die NATO. Sie fordert im Gegenteil eine Beendigung der Zusammenarbeit mit diesem Bündnis. Angesichts der pro-atlantischen Politik des Bundesrates verteidigt die PdAS eine strikte Einhaltung der Neutralität und der sich daraus ergebenden Verpflichtungen und lehnt jeden Versuch einer «flexibleren» Auslegung der Neutralität ab, die letztlich deren Aushöhlung bedeutet. Die PdAS verteidigt die Neutralität nicht im Namen des Mythos der Neutralität und auch nicht aus egoistischen Motiven, die lediglich den Interessen der Grossbourgeoisie dienen, wie es bei der nationalistischen Rechten der Fall ist. Das Verständnis der PdAS von Neutralität bedeutet die Nichtteilnahme an Kriegen und am Waffenhandel. Eine Politik zur Förderung von Frieden und Völkerrecht, für die Auflösung militärischer Blöcke und für

⁴⁶ Siehe «Internationalismus» im Marxistischen Glossar

⁴⁷ Siehe «Sozialismus» im Marxistischen Glossar

eine Politik der friedlichen Koexistenz ist gegenüber imperialistischen und neokolonialen Aggressionen aber im engeren Sinne nicht neutral.

§ 54. Die PdAS lehnt die Aufrüstung und den gefährlichen Weg ab, den die Schweiz, ebenso wie die EU und viele andere kapitalistische Länder in unserer Zeit voll wachsender internationaler Widersprüche eingeschlagen haben. Die massive Erhöhung der Militärausgaben erfolgt nicht nur auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit, des Gemeinwohls und der Umwelt, sie führt auch zu einer Eskalation, die keine Sicherheit garantieren kann und das Risiko von Kriegen erhöht. Die PdAS kämpft entschlossen gegen dieses militaristische Projekt; sie setzt sich für eine Reduzierung der Militärausgaben, den Weg einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung und für eine konsequente Friedens- und Kooperationspolitik ein. Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer Länder lehnt sie ab. Sie ist jedoch der Ansicht, dass die Schweiz unter den aktuellen Bedingungen nicht auf eine Armee verzichten kann, da sie andernfalls hinsichtlich ihrer äusseren Sicherheit vollständig von der NATO abhängig wäre, mit den damit verbundenen politischen Kosten. Sie verteidigt das Prinzip einer strikt defensiven und weitestgehend demokratisch organisierten Milizarmee, die unabhängig von der NATO ist – im Gegensatz zu jeder Form von «Partnerschaft für den Frieden» oder «Interoperabilität» mit diesem imperialistischen Block. Die Armee darf im Innern keinesfalls gegen Streikende und Protestierende eingesetzt werden. Es ist Aufgabe der PdAS, diesen Gedanken unter allen Armeeangehörigen zu verbreiten.

Anhang: Marxistisches Glossar⁴⁸

Akkumulation des Kapitals: Wörtlich Anhäufung von Kapital. Die Umwandlung des Mehrwerts in zusätzliches Kapital. «Anwendung von Mehrwert als Kapital oder Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital heisst Akkumulation des Kapitals.» (Karl Marx, Das Kapital, Erster Band)

Anfangsstadium des Sozialismus: Theoretischer Begriff der Kommunistischen Partei Chinas, entwickelt von Jiang Zemin. China befindet sich im Anfangsstadium des Sozialismus aufgrund seines Entwicklungsrückstands. Um eine fortgeschrittene sozialistische Gesellschaft zu errichten, die den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird, müssen die Produktivkräfte entwickelt werden – was die Einführung einer marktwirtschaftlich orientierten sozialistischen Ökonomie erfordert. Dieses Stadium ist unausweichlich und wird lange andauern.

Arbeiter:innenklasse: Die Klasse der Lohnarbeiter:innen, derjenigen, die von ihrem Lohn leben.

Arbeitsfrieden: Klassenkooperation zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, die sich in Abkommen ausdrückt, in denen ein gegenseitiger Verzicht auf Streik und Aussperrung sowie die ausschliessliche Beilegung von Konflikten durch Verhandlungen zwischen den Sozialpartner:innen vorgesehen ist. Wurde später auch in die schweizerische Gesetzgebung aufgenommen.

Arbeitskraft: Die Fähigkeit der Menschen zur Arbeit, das Zusammenspiel der physischen und intellektuellen Fähigkeiten, die sie bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen einsetzen; eine grundlegende Bedingung für die Produktion in jeder Gesellschaft. Unter dem Kapitalismus ist die Arbeitskraft eine Ware, die die Proletarier:innen (frei, aber ohne Produktionsmittel) verkaufen können und tatsächlich gezwungen sind, sie an die Kapitalist:innen zu verkaufen. Der Gebrauchswert der Arbeitskraft ist die Fähigkeit, im Arbeitsprozess einen Wert zu schaffen, der den eigenen Wert übersteigt: die Quelle des Mehrwerts. Der Tauschwert der Arbeitskraft entspricht den Kosten der Lebensmittel, die der Proletarier benötigt, um seine Arbeitskraft zu reproduzieren und am nächsten Tag wieder arbeiten zu können, den notwendigen Mitteln für die Versorgung seiner Familie sowie den Ausgaben für seine sozialen und kulturellen Bedürfnisse. Der Wert der Arbeitskraft ist je nach Zeit und Ort variabel. Die Kämpfe der Arbeiter:innenklasse haben zum Ziel, diesen Wert zu erhöhen; diejenigen der Bourgeoisie, ihn auf das notwendige Minimum zu senken.

Ausbeutung: Für Marx handelt es sich um ein Verhältnis zwischen sozialen Gruppen. Eine Gruppe eignet sich, ohne direkte Gegenleistung, das Produkt der Arbeit einer anderen Gruppe an (siehe «Mehrwert»).

BIP (Bruttoinlandsprodukt): Ein wirtschaftlicher Indikator, der den in einem Land innerhalb eines bestimmten Zeitraums geschaffenen Reichtum misst. Das nominale BIP wird zu aktuellen Marktpreisen berechnet; das reale BIP zu konstanten Preisen, wobei ein Korrekturfaktor zur Berücksichtigung der Inflation angewendet wird. Um das BIP zweier verschiedener Länder zu vergleichen, wird es in derselben Währung (meist in US-Dollar) und auf Basis der Kaufkraftparität berechnet (eine Berechnungsmethode, die oft unzuverlässig und verzerrt ist). In der neoklassischen Wirtschaftstheorie gilt das BIP als wichtigster Massstab für die Beurteilung der wirtschaftlichen

⁴⁸ Das Marxistische Glossar wurde nicht vom Parteitag verabschiedet und dient ausschliesslich dem besseren Verständnis der verwendeten Begriffe.

Gesundheit eines Landes (wenn vom Wirtschaftswachstum die Rede ist, ohne weitere Angaben, ist in der Regel das Wachstum des BIP gemeint) und zum Vergleich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen Ländern. Der Indikator wird jedoch in anderen wirtschaftswissenschaftlichen Strömungen kritisiert – sowohl hinsichtlich dessen, was er misst, als auch dessen, was er nicht misst – und gilt als wenig geeignet, um den tatsächlichen wirtschaftlichen Zustand eines Landes umfassend zu bewerten.

Bourgeoisie: «Unter Bourgeoisie wird die Klasse der modernen Kapitalisten verstanden, die Besitzer der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind und Lohnarbeit ausnutzen.» (Anmerkung von Engels zur englischen Ausgabe des Kommunistischen Manifests von 1888.)

BRICS-Staaten: Die BRICS-Staaten sind eine Gruppe von Schwellenländern. Die ursprünglichen Mitgliedsländer sind: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Sie arbeiten zusammen, um ihre wirtschaftliche und politische Macht auf der globalen Bühne zu stärken und den westlichen Einfluss zu verringern.

Care-Arbeit: Pflege- und Fürsorgearbeit im umfassenden Sinn, die sich auf die physische, mentale, emotionale usw. Betreuung von Menschen bezieht.

Faschismus: «Der Faschismus an der Macht ist [...] die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. [...] Der Faschismus ist keine über den Klassen stehende Macht und keine Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist die Organisation der terroristischen Abrechnung mit der Arbeiterklasse und dem revolutionären Teil der Bauernschaft und der Intelligenz. Der Faschismus in der Aussenpolitik ist der Chauvinismus in seiner brutalsten Form, der einen tierischen Hass gegen die anderen Völker kultiviert.» (Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale.)

Finanzkapital: Monopolistisches Industriekapital, das mit dem monopolistischen Bankkapital verschmolzen ist. Die Existenz des Finanzkapitals und das damit einhergehende Entstehen einer Finanzoligarchie sind zentrale Kennzeichen des Imperialismus.

Finanzoligarchie: Die herrschende soziale Schicht innerhalb der monopolistischen Bourgeoisie, welche das Finanzkapital repräsentiert. Sie besteht aus Milliardär:innen und Multimillionär:innen, den Eigentümer:innen von Industrie-, Handels- und Transportunternehmen, Banken und Versicherungsgesellschaften. Diese bestimmen – direkt oder über das System der Beteiligungen – das Schicksal von Unternehmen und ganzen Branchen, sowohl im Inland als auch im Ausland, sowie das Leben von Millionen Lohnarbeiter:innen.

Freihandel: Ein Wirtschaftsprinzip, das aus dem Liberalismus stammt und die freie Bewegung von Waren und Dienstleistungen zwischen den Nationen ohne Zollbarrieren oder Handelsbeschränkungen befürwortet. Es basiert auf der Idee, dass jedes Land sich auf die Produktion der Güter spezialisieren sollte, für die es einen komparativen Vorteil hat, und diese Güter mit anderen Ländern austauschen sollte, um die Güter zu erhalten, die ihm weniger leicht zugänglich sind.

Geschlechtsidentität: Die Identifikation und Annahme von Merkmalen (z. B. die Pronomen Er oder Sie), die mit dem Geschlecht verbunden sind.

Gesellschaftsformation: Das wirtschaftliche und soziale Gefüge einer gegebenen Gesellschaft, das sich aus der spezifischen Verbindung mehrerer Produktionsweisen ergibt, von denen eine dominant ist.

Globalisierung: Ein Prozess der Integration der Märkte und der Zunahme des Handels und menschlicher Austauschbeziehungen auf globaler Ebene.

Hegemonie: Wörtlich «Vorherrschaft». Die Führung der Gesellschaft durch eine Klasse, gekennzeichnet durch das Gleichgewicht zwischen Zwang und Zustimmung, das durch den gesamten Überbau (die ideologische Struktur) geschaffen wird, die eine Produktionsweise rechtfertigt, um das bestehende Machtverhältnis aufrechtzuerhalten. Eine Klasse übt Hegemonie aus, indem sie ihr Gesellschaftsprojekt als glaubwürdig darstellt, was ihr die Akzeptanz ihrer Herrschaft durch andere Klassen ermöglicht und ihr so hilft, an der Macht zu bleiben.

Heteronormativität: Gesellschaftsordnung, in der die Norm von Verhalten, Repräsentationen und Diskriminierungen die Heterosexualität und die binäre Geschlechterordnung begünstigt und naturalisiert, auf Kosten anderer Arten von romantischen und/oder sexuellen Beziehungen und Geschlechtern.

Ideologie: Ein System von Meinungen, Ideen und Konzepten, das von einer Klasse oder einer politischen Partei vertreten wird. Politische Meinungen, Philosophie, Kunst, Religion sind Formen der Ideologie. Jede Ideologie ist ein Spiegelbild der sozialen Existenz und des vorherrschenden Wirtschaftssystems zu einem bestimmten Zeitpunkt. In einer Klassengesellschaft ist die Ideologie eine Klassenideologie. Sie drückt die Interessen der jeweiligen Klasse aus und verteidigt sie.

Imperialismus: Das monopolistische Stadium des Kapitalismus, die höchste und letzte Stufe seiner Entwicklung. Sein Hauptmerkmal ist die Dominanz des grossen Monopolkapitals in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Ideologie. Die klassische Analyse des Imperialismus stammt von Lenin, aus seinem Werk «Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus», das 1917 erschien, und das den Imperialismus durch fünf wesentliche Merkmale definiert: 1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, dass sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses «Finanzkapitals»; 3. der Kapitalexport, im Unterschied zum Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich aufteilen; 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Grossmächte ist beendet.

Internationalismus: Ein grundlegendes Prinzip der Ideologie und Politik der kommunistischen Parteien, das das Bewusstsein für die notwendige Solidarität der Arbeiter:innen sowie der unterdrückten Völker weltweit in ihrem gemeinsamen Kampf zur Überwindung des Kapitalismus und des Imperialismus und zum Aufbau einer neuen Gesellschaft umfasst. Dies manifestiert sich durch Unterstützung für die Kämpfe anderer Völker und durch solidarische und kooperative Verbindungen zwischen Organisationen verschiedener Länder.

IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change): Internationaler Expert:innenkreis für das Klima, eine zwischenstaatliche Organisation, die mit der Bewertung des Ausmasses, der Ursachen und der Folgen des Klimawandels beauftragt ist. Gegründet 1988 und offen für alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, umfasst es 195 Staaten. Diese Arbeiten mobilisieren Hunderte von Wissenschaftler:innen aus den Mitgliedsstaaten und führen zu Zusammenfassungen für Entscheidungsträger:innen, die von den Delegierten der Mitgliedsstaaten genehmigt werden.

Kapital: Wert, der durch die Ausbeutung lohnabhängiger Arbeiter:innen zur Erzeugung von Mehrwert dient – ein Wert, der sich «selbst verwertet», der sich also vermehrt und reproduziert. Kapital drückt die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse zwischen den Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft aus: zwischen Kapitalist:innen und Lohnarbeiter:innen.

Kapitalismus: Produktionsweise, in der die Produktionsverhältnisse zwischen den Eigentümer:innen der Produktionsmittel und den Proletarier:innen organisiert sind – Letztere besitzen nichts als ihre Arbeitskraft, die sie gegen Lohn verkaufen.

Kartell: Zusammenschluss von Monopolen, die ihre industrielle und kommerzielle Unabhängigkeit bewahren, sich jedoch über Verkaufspreise, Absatzmärkte, Patentnutzung usw. abstimmen. Ziel eines Kartells – wie jedes anderen monopolistischen Zusammenschlusses – sind monopolistische Extraprofite und die Stärkung seiner Position im Konkurrenzkampf. Ein Kartell vereint Unternehmen derselben Branche.

Klasse/Gesellschaftsklasse: «Als Klassen bezeichnet man grosse Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (grösstenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Grösse des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der andern aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.» (Lenin, Werke Band 29, S. 410)

Klassenbewusstsein: Bewusstsein über das Vorhandensein gemeinsamer Interessen, das ein Solidaritätsgefühl erzeugt und schliesslich zu gewerkschaftlicher und politischer Organisation sowie kollektiven Aktionen führt.

Klassenkampf: Kampf zwischen den sozialen Klassen, deren Interessen unvereinbar oder gegensätzlich sind. Der Klassenkampf ist ein objektives Gesetz, der Motor der Entwicklung aller antagonistischen ökonomischen und gesellschaftlichen Formationen; er löst den grundlegenden Widerspruch jeder antagonistischen Produktionsweise. Durch diesen Kampf wird ein veraltetes sozioökonomisches System durch ein neues, fortschrittlicheres ersetzt.

Kleinbürgertum: Besitzer:innen von eigenen Produktionsmitteln, abhängig von ihrer eigenen Ausbeutung sowie gelegentlich auch von der Ausbeutung einer kleinen Anzahl lohnabhängiger Arbeitskräfte. Zum Kleinbürgertum gehören Bäuer:innen, Handwerker:innen und Kleinhändler:innen. Eine von der Bourgeoisie beherrschte Klasse, die durch die Entwicklung des Kapitalismus in ihrer Existenz bedroht ist, sich jedoch durch ihr Festhalten am Privateigentum

ideologisch der Bourgeoisie verbunden fühlt. Politisch schwankt sie zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Konkordanz/Konkordanzdemokratie: Die Schweizer Konkordanzdemokratie äussert sich in einem System, in dem im Gegensatz zur Konkurrenzdemokratie alle grossen Parteien in die Entscheidungen eingebunden werden und eine ständige Kompromisspolitik verfolgen. Sie äussert sich in erster Linie in einer permanenten grossen Regierungskoalition (oder Allparteienregierung), die 1943 erstmals zustande kam und seit 1959 ununterbrochen SP, CVP/Mitte, FDP und SVP vereint. Während in der Konkurrenzdemokratie die Regierungspartei oder Koalition ein Programm erarbeitet und verfolgt, wird in unserer Konkordanzdemokratie mittels gütlichen Einvernehmens und breit abgestützten Kompromisslösungen zwischen den grossen Parteien regiert. Die Konkordanzdemokratie kann als Ursache für eine starke Verminderung der Polarisierungs- und Mobilisierungskraft politischer Parteien gesehen werden. Die Konkordanz ist nicht in der Verfassung verankert, sondern eine Abmachung zwischen den grossen Parteien. Eine Partei könnte sich jederzeit dazu entschliessen, die Regierung zu verlassen und damit der Konkordanzdemokratie ein Ende bereiten.

LGBTIQ+: Die Abkürzung LGBTIQ+ oder die Sammelbezeichnung «Queer» beziehen sich auf Menschen, deren Sexualität und/oder deren Geschlecht nicht der heterosexuellen, geschlechtlichen «Norm» entspricht. Die Buchstaben L und G beziehen sich auf die sexuelle Orientierung und stehen für Lesbian und Gay, also für homosexuelle Personen – Menschen, die sich körperlich oder romantisch von Menschen des gleichen Geschlechts angezogen fühlen. Das B steht für bisexuelle Menschen, die Menschen des gleichen und Menschen anderer Geschlechter attraktiv finden. Der Buchstabe T steht für Transgender und bezeichnet Personen, deren Geschlechtsidentität nicht mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt. Der Buchstabe I steht für Intersex, also Menschen, deren körperliche Geschlechtsmerkmale nicht den typischen Definitionen von männlich oder weiblich entsprechen. Die Abkürzung LGBTI könnte noch um einige Buchstaben erweitert werden. Wir beschränken uns auf LGBTIQ+, wobei der Buchstabe Q (für queer) und das Pluszeichen den Raum offen lassen für weitere Geschlechter und sexuelle Identitäten.

Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung: Ein Wirtschaftsmodell, das in China, Vietnam und Laos (mit Unterschieden) eingeführt wurde; es beinhaltet die Öffnung hin zum Markt und zu privaten Eigentumsformen – bedingt durch das niedrige Entwicklungsniveau der jeweiligen Wirtschaft –, mit dem Ziel, die Produktionsmittel zu entwickeln und eine wohlhabende sozialistische Gesellschaft aufzubauen, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Eine Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung setzt die Existenz von Privateigentum an Produktionsmitteln, Lohnarbeit und Ausbeutung der Arbeitskraft voraus; sie unterscheidet sich jedoch vom Kapitalismus durch die zentrale Rolle, die den staatlichen Unternehmen zukommt, sowie dadurch, dass sie durch einen Plan gesteuert wird – unter der politischen Autorität eines von einer kommunistischen Partei geführten Staates – und dass sie untergeordnet ist gegenüber den Zielen des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft und des sozialen Fortschritts, nicht nur dem Gesetz der Profitmaximierung.

Mehrwert: Der Wert, der durch die Arbeit der Lohnarbeiter:innen über den Wert der eigenen Arbeitskraft hinaus geschaffen wird und von den Kapitalist:innen unentgeltlich angeeignet wird.

Die Produktion und Aneignung des Mehrwerts stellt das grundlegende Produktionsverhältnis der kapitalistischen Produktionsweise dar.

Monopol: Grossunternehmen, -konzerne oder Gruppen von Unternehmen, die einen grossen Teil der Produktion oder des Handels bestimmter Waren in ihren Händen konzentrieren, um Monopolprofit zu erzielen. Die Festsetzung des Monopolpreises ist ein Weg, das Monopol auf dem Markt zu verwirklichen. Das Entstehen von Monopolen ist der logische Höhepunkt der Konzentration und Zentralisierung von Produktion und Kapital. Die Durchsetzung der Herrschaft der Monopole ist der erste Hinweis und das Hauptmerkmal der Wirtschaft des Imperialismus (Monopolkapitalismus). Kapitalistische Monopole nehmen verschiedene Formen an (Kartell, Trust, Konzern usw.). In der marxistischen Terminologie hat der Begriff Monopol eine breitere Bedeutung als in der neoklassischen Wirtschaftstheorie und impliziert nicht die Kontrolle über 100 Prozent eines Wirtschaftszweigs.

Multipolare Welt: Eine Welt, in der die geopolitischen Beziehungen nicht mehr einseitig von einem einzigen Land (in diesem Fall den Vereinigten Staaten) dominiert werden, sondern in der neue gleichwertige Mächte entstehen (insbesondere die BRICS-Staaten).

Neokolonialismus: Eine Politik der Unterwerfung ehemaliger Kolonien durch die vorherigen Kolonialmächte, die verschiedene Einfluss- und Herrschaftsmechanismen einsetzen, um ihre eigenen Interessen und die ihrer Unternehmen zu fördern.

Neoliberalismus: Eine ökonomische und politische Ideologie, die von bürgerlichen Theoretiker:innen als Reaktion auf die Zugeständnisse entwickelt wurde, die die Bourgeoisie im 20. Jahrhundert der Arbeiter:innenklasse machen musste, mit dem Ziel einer Rückkehr zum Liberalismus; eine Ideologie der Klassenrache. Sie befürwortet die Deregulierung der Märkte, die Verringerung der Rolle des Staates in der Wirtschaft, die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, den Abbau der sozialen Sicherheit, eine niedrigere und weniger progressive Besteuerung sowie die Förderung des Freihandels und des Wettbewerbs. Der Neoliberalismus wurde erstmals während der Diktatur von Pinochet in Chile angewendet.

Patriarchat: Patriarchat ist ein Gesellschaftsverhältnis, in dem die Männer politisch, wirtschaftlich und kulturell vorherrschend sind, während die Frauen unterdrückt oder benachteiligt werden.

Produktionsverhältnis: Gesellschaftliche Verhältnisse, die sich objektiv – also unabhängig vom Willen und Bewusstsein der Menschen – in den Prozessen der Produktion, Verteilung, des Austauschs und des Konsums von materiellen Gütern herausbilden. Es handelt sich um eine gesellschaftliche Form der Produktion, durch die sich der Mensch die Naturgegenstände aneignet. Die Produktionsverhältnisse bilden zusammen mit den Produktivkräften eine historisch bestimmte Produktionsweise. Die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse einer gegebenen Produktionsweise bildet die ökonomische Basis der Gesellschaft, aus welcher der jeweilige gesellschaftliche Überbau hervorgeht und dessen Funktionieren bestimmt.

Reaktionäre Kräfte: Politische Kräfte, die sich dem gesellschaftlichen Fortschritt entgegenstellen, indem sie einen fantasierten, oft imaginierten, vergangenen Zustand als ein verlorenes goldenes Zeitalter anrufen, das wiedergefunden werden soll.

Reformismus: Strömung innerhalb der Arbeiter:innenbewegung, die ihren Horizont auf den Kampf um Reformen im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung und der bürgerlich-demokratischen Institutionen beschränkt. Sie strebt durch schrittweise Reformen an, die Widersprüche des Kapitalismus zu mildern oder ihn sogar allmählich in den Sozialismus zu überführen. Was eine reformistische von einer revolutionären Politik unterscheidet, ist nicht die Anerkennung der Bedeutung von Reformen im Kapitalismus, sondern die Annahme oder Ablehnung der sozialistischen Revolution als Perspektive. Der Reformismus konnte unter dem Kapitalismus zwar reale Verbesserungen durchsetzen, hat aber nirgendwo zum Aufbau des Sozialismus geführt.

Reproduktion/Reproduktionsarbeit: Wörtlich «Wiederherstellung». Arbeit, die der Produktion und Reproduktion des Lebens selbst dient, das heisst der menschlichen Existenz. Sie umfasst die Hervorbringung zukünftiger Arbeitskräfte durch Fortpflanzung und Kindererziehung sowie die alltägliche Reproduktion der bestehenden Arbeitskräfte durch Fürsorge – sowohl in materieller Hinsicht (Wohnraum, Nahrung, Erholung) als auch in emotionaler (psychische Unterstützung, Zuwendung). Im Gegensatz zur produktiven Arbeit schafft Reproduktionsarbeit weder Wert noch Mehrwert, ist jedoch für die kapitalistische Gesellschaft unerlässlich, da sie die Arbeitskraft und somit die Bedingungen ihrer Ausbeutung aufrechterhält. Diese spezifische Form der Arbeit wurde und wird nach wie vor größtenteils von Frauen verrichtet – meist unbezahlt – und bildet die materielle Grundlage ihrer Unterdrückung.

Sozialismus: Produktionsweise, die auf den Kapitalismus folgt und dem Kommunismus vorausgeht; die untere Phase der kommunistischen Gesellschaft. Gekennzeichnet ist sie durch das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, eine geplante Wirtschaft und einen Staat, der die politische Macht der Arbeiter:innenklasse verkörpert.

Strategie: Allgemeine Linie der Partei, die auf die Erfüllung der grundlegendsten Aufgaben einer bestimmten historischen Etappe abzielt, ausgehend vom Kräfteverhältnis zwischen den Klassen. Die Strategie stimmt die von der Partei eingesetzten Mittel auf das Hauptziel einer historischen Epoche ab (Revolution, Aufbau des Sozialismus, Aufbau des Kommunismus usw.), und wird durch die Analyse der Klassenkräfteverhältnisse, der Verbündeten der Arbeiter:innenklasse in einer bestimmten Etappe sowie der internationalen Kräfteverhältnisse ausgearbeitet.